

УДК 94:327

ПОЛИТИКА АЛЬЯНСА В СУЭЦКОМ КРИЗИСЕ 1956 ГОДА

T. Фрайбергер

ALLIANZ POLITIK IN DER SUEZKRISE 1956

T. Freiburger

В статье анализируется проблема кризиса НАТО в ходе Суэцкого кризиса 1956 г. (военные действия Великобритании, Франции и Израиля против усиления роли Египта в зоне Суэцкого канала и угрозы контроля со стороны Египта над поставками нефти в Западную Европу).

Автор рассматривает позицию в конфликте ведущих стран НАТО – Великобритании, Франции и США, обстоятельства вовлечения в войну Израиля, а также влияние позиции Советского Союза, Варшавского пакта и возможности применения атомного оружия.

Особое внимание обращено на дезинтеграционную опасность внутри НАТО. Автор выявляет причины негативного отношения США к военной операции на Ближнем Востоке и их отказа от вступления в региональный альянс под британским руководством («Багдатский пакт»). Позиция США в Суэцком кризисе определялась боязнью, что в результате войны Ближний Восток будет охвачен антизападными протестами, дестабилизируется и окажется в руках Советского Союза. Вашингтон предлагал мирное разрешение конфликта, а Лондон и Париж стремились вовлечь США в интервенцию. Соединённым Штатам удалось добиться, чтобы НАТО как институт вплоть до высшей точки кризиса не играл какой-либо значимой роли. «Диалог глухонемых» во время кризиса вылился во время войны в тяжёлую размолвку между Соединёнными Штатами, с одной стороны, и Великобританией и Францией – с другой стороны. Президент Эйзенхауэр невольно поставил НАТО на грань распада. Однако всё это проходило за кулисами, и общественность не заметила, что во время Суэцкого кризиса НАТО пережила один из тяжелейших кризисов времён холодной войны.

The problem of NATO's crisis during the Suez crisis in 1956 (military intervention of Britain, France and Israel to prevent the strengthening of Egypt in the Suez Canal zone) is analyzed in the paper.

The author examines the position of the leading NATO countries – Britain, France and the USA – in the conflict, circumstances of involvement of Israel in the war, influence of the Soviet Union's position and the Warsaw pact, and the possibility of using of nuclear weapons.

Special attention is paid to the danger of disintegration within NATO. The author ascertains reasons for the negative attitude of the USA to the military operation in the Middle East and their refusal to join the regional alliance under British leadership («the Baghdad Pact»). The USA position in the Suez crisis was conditioned by fear that as a result of the war the Middle East will be engulfed by anti-Western protests and it'll be in the hands of the Soviet Union. Washington offered a peaceful resolution of the conflict, and London and Paris sought to involve the USA in this intervention. The United States were able to ensure that NATO had not played any significant role up to the highest point of the crisis. «Dialogue of deaf-mutes» during the crisis escalated in heavy quarrel between the United States, Britain and France during the war. President Eisenhower had unwittingly set NATO on the brink of collapse. However, all this was passing behind the scenes, and the public did not notice that during the Suez crisis, NATO experienced one of the worst crises of the Cold War.

Ключевые слова: Суэцкий кризис 1956 года, НАТО, Великобритания, Франция, США, Израиль, Советский Союз, военный конфликт, Ближний Восток, Эйзенхауэр, Иден, Ги Молле, Бен-Гурион, кризис в НАТО

Keywords: 1956 Suez crisis, NATO, Britain, France, the United States, Israel, the Soviet Union, military conflict, Middle East, Eisenhower, Eden and Guy Mollet, Ben-Gurion, NATO crisis.

Am 26. Juli 1956 verstaatlichte der ägyptische Staatspräsident Gamal Abdel Nasser den Suezkanal und löste damit eine der schwersten internationalen Krisen in den 1950er Jahren aus. Jener Coup war eine direkte Antwort Nassers auf die Verweigerung des anglo-amerikanischen Kredits für den Bau des Assuanstaudammes am 19. Juli 1956. Dieser Akt markierte in den Augen der Kolonialmächte England und Frankreich den Endpunkt einer Entwicklung, die mit dem Aufstieg Nassers im Jahr 1952 begonnen und sich zunehmend bedrohlicher entwickelt hatte. Nachdem es Nasser im Jahr 1955 gelungen war von Moskau – über tschechische Schleichwege – Waffen zu beziehen, geriet der ägyptische Oberst unter Verdacht, in das sowjetische Lager abzudriften und damit zum trojanischen Pferd der Sowjetunion im Nahen Osten

zu werden, zudem drohte die ägyptische Aufrüstung das prekäre strategische Gleichgewicht zwischen Israel und den arabischen Staaten zu gefährden. Die Verstaatlichung des Suezkanals, dessen Betreibergesellschaft zum Großteil im Besitz der englischen und französischen Regierung war, brachte das Fass schließlich zum Überlaufen. Vor allem war nun die lebenswichtige Ölversorgung Westeuropas durch den Suezkanal vollkommen vom guten Willen Nassers abhängig.

In der Folge des ägyptischen *fait accompli* fanden im August und September nach amerikanischen Vermittlungsbemühungen zwei internationale Konferenzen in London statt, die eine Internationalisierung der Betreibergesellschaft zum Ziel hatten. Diese diplomatischen Initiativen scheiterten jedoch. Nach dem Fehlschlagen dieser

Konferenzen entschlossen sich Großbritannien und Frankreich am 14. Oktober zur Durchführung eines konzertierten Militärschlags mit israelischer Beteiligung gegen Ägypten. Ziel der Intervention war ein Regimewechsel in Ägypten und die Besetzung der Kanalzone. Dementsprechend legten Israelis, Briten und Franzosen zwischen dem 22. und 25. Oktober im französischen Sévres den militärischen Ablauf der Strafaktion in einem Geheimabkommen fest. Am 29. Oktober drangen israelische Streitkräfte über den Sinai bis zur Kanalzone vor und lieferten damit den regionalen Ordnungsmächten England und Frankreich – wie abgesprochen – den Vorwand für eine militärische Intervention. Nach Ablauf eines unannehmbaren Ultimatums der beiden Westmächte, begannen französische und englische Streitkräfte mit der Bombardierung ägyptischer Luftwaffenstützpunkte. Wenige Tage später begann die Besetzung des Hafens von Port Said und der Kanalzone.

Das Komplott des „alten Europas“ trug jedoch in mehrfacher Hinsicht den Keim des Scheiterns bereits von Anfang an in sich. Paris und London hatten die amerikanische Regierung nicht nur nicht informiert, sondern auch noch bewusst hintergangen, obwohl der im Wahlkampf befindliche amerikanische Präsident mehrfach im Verlauf der Krise den Einsatz von Gewalt abgelehnt hatte. Im Einklang mit einer aufgebrachten Weltöffentlichkeit und dem Kreml bezog Washington in den Vereinten Nationen Stellung gegen Frankreich und Großbritannien. Zusätzlich übte Eisenhower massiven ökonomischen Druck auf England aus, womit er schließlich den demütigenden Rückzug der Kriegskoalition Anfang Dezember erzwang. Weniger ausschlaggebend dürfte hingegen die spektakuläre sowjetische Drohung vom 6. November gewesen sein, wonach der Kreml den Einsatz von Atomwaffen androhte, falls London und Paris ihre militärische Operation nicht einstellen würden. Diese unglückliche Konstellation blieb nicht ohne Folgen, wenn auch die Regierungen in Frankreich und England recht unterschiedliche Schlüsse aus dem Suez-Debakel zogen. London reagierte in der Folge mit einer entschiedenen Hinwendung zu den Vereinigten Staaten. Einem ungeschriebenen Gesetz gleich, beschloss man, sich nie wieder in einer Krisensituation gegen seinen großen Bruder zu stellen. An der Seine entschloss man sich einen französischen Eigenweg zu gehen. Den Rahmen dieser künftigen Politik bildete die Schaffung einer unabhängigen eigenen nuklearen Streitmacht und die Förderung eines geeinten Europas – möglichst unter französischer Führung. Die Vereinigten Staaten schlüpfen in der Folge der Suezkrise schneller als erwartet in die Rolle der regionalen Ordnungsmacht, da sie das britische Machtvakuum füllen mussten. Während die Suezkrise an sich gut erforscht ist, sind die bündnispolitischen Auswirkungen der Krise auf die NATO hingegen kaum erforscht. Daher steht nachfolgend die bündnispolitische Dimension der Suezkrise im Zentrum der Betrachtung [1, Zum Forschungsstand siehe ebd., s. 15 – 27].

Allianzpolitik vor der Suezkrise [2, s. 45 – 237]

„Die Welt ist eine Bühne, doch das Stück ist schlecht besetzt“ [3, s. 21]. Diese Feststellung Oscar Wildes trifft auf die amerikanischen und britischen Entscheidungsträger in der Suezkrise nicht zu. Im Gegenteil, Dwight D. Eisenhower, John Foster Dulles, Anthony Eden und Harold Macmillan verfügten über ein ungewöhnlich hohes

Maß an weltpolitischer Erfahrung, als die Suezkrise ausbrach. Hinzu kam, dass sich diese Männer alle aus der engen Zusammenarbeit im Zweiten Weltkrieg kannten und miteinander befreundet waren. Dennoch kam es im Oktober und November 1956 zum bündnispolitischen Zerwürfnis. Die Ursachen dieses Zerwürfnisses sind in unterschiedlichen bündnispolitischen Vorstellungen und Interessenlagen zu suchen, die sich bereits im Vorfeld der Suezkrise erkennen lassen.

Sowohl bei Präsident Eisenhower als auch bei Außenminister Dulles nahmen bündnispolitische Erwägungen einen hohen Rang in ihrem sicherheitspolitischen Denken ein. Für sie besaß das transatlantische Bündnis einen Eigenwert, der unter bestimmten Bedingungen sämtliche nationale Interessen überwog. Für Eisenhower war die NATO „the last remaining chance for the survival of Western civilization“ [4, s. 1396]. Er war der festen Überzeugung, dass die westliche Welt nur dann eine Überlebenschance im weltpolitischen Konflikt mit der Sowjetunion haben werde, wenn es der NATO, als dem entscheidenden transatlantischen Bindeglied nach Europa, gelingen würde, zusammenzustehen. Dies war vor allem deswegen notwendig, weil Eisenhower bereits früh begriff, dass die Herausforderung durch die Sowjetunion die USA und die westlichen Staaten in einen langwierigen und militärisch kostenintensiven weltpolitischen Konkurrenzkampf zwingen würde. Um in diesem Wettstreit langfristig bestehen zu können, war eine kluge militärische Lastenteilung unumgänglich, wollte man die ökonomischen und ideellen Grundlagen der freien westlichen Welt nicht gefährden. Eisenhower konnte dabei bündnispolitisch auf Erfahrungen zurückgreifen, die er als Oberbefehlshaber der alliierten Streitmacht im Zweiten Weltkrieg und als erster NATO-Oberbefehlshaber gesammelt hatte.

Auch John Foster Dulles war der festen Überzeugung, dass die USA im Kampf gegen die Sowjetunion dringend auf Verbündete angewiesen seien. Dulles kam jedoch aus eher pessimistischen Gründen zu dieser Schlussfolgerung, denn er sah den Westen gegenüber der Sowjetunion in der Defensive, aus der man nur zusammen mit den Bündnispartnern herauskommen könne. Eisenhower schätzte die Lage dagegen optimistisch ein und wählte den Westen in der weltpolitischen Offensive, solange es gelänge, das Bündnis zusammenzuhalten und eine ökonomische Überbürdung der Wirtschaft durch Rüstungsausgaben zu verhindern. Beide waren sich jedoch einig, dass die amerikanische Überlegenheit im Bereich der Nuklearwaffen ein Vorteil für den Westen sei. Entsprechend dieser Vorüberlegungen gestaltete sich schließlich auch die amerikanische Eindämmungspolitik unter der Ägide Eisenhowers.

Die amerikanische Containment-Politik sollte den USA langfristigen Schutz vor einem Angriff der Sowjetunion bieten und zugleich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fundamente des „American way of life“ schützen. Aus diesem Grund neigte Eisenhower zu einer fiskalisch konservativen Wirtschafts- und Rüstungspolitik, die zu einer Betonung der vermeintlich kostengünstigeren nuklearen Abschreckung führte. Damit einhergehend sollten die kostenintensiven konventionellen Streitkräfte reduziert werden. Diese Akzentverschiebung in der amerikanischen Eindämmungspolitik firmierte schließlich unter dem Namen „New Look“. Da die Verteidigungsstra-

ategie der NATO in größter Abhängigkeit von der militärisch omnipotenten Führungsmacht des Bündnisses war, hatte jede Veränderung der amerikanischen Eindämmungspolitik automatische Auswirkungen auf die Bündnisstrategie. So war es auch im Falle des „New Look“, der nun eine klare Lastenteilung im Bündnis vorsah. Die europäischen Alliierten sollten den konventionellen Schild der NATO bereithalten, während die USA die Schärfung des nuklearen Schwertes übernahmen. Im Verteidigungsfall sollten die europäischen Streitkräfte den sowjetischen Vormarsch soweit östlich wie möglich zum Stehen bringen, damit die USA umgehend mit massiven nuklearen Vergeltungsschlägen eingreifen können. Die amerikanische Eindämmungspolitik und die NATO-Verteidigungsstrategie beruhten also in der Ära Eisenhower auf dem Konzept der massiven nuklearen Vergeltung. Diese Strategie war im Kern eine Kriegsvermeidungsstrategie, da sie dem Gegner bei jeglichem Angriff einen erbarmungslosen Vernichtungskrieg in Aussicht stellte.

Das Konzept der massiven Vergeltung führte jedoch zu bündnispolitischen Differenzen zwischen Eisenhower und Dulles. In diesem Fall zeigt sich, dass Eisenhower mit Blick auf die Nuklearstrategie des Bündnisses der größere strategische Denker war, während Dulles aufgrund seines täglichen Umgangs mit den Alliierten ein größeres Feingefühl für deren Ängste und Sorgen besaß. Eisenhowers Strategie der massiven Vergeltung war ebenso brutal wie subtil. Eisenhower hatte früh erkannt, dass es bei einem direkten Waffengang zwischen den Streitkräften der NATO und des Warschauer Paktes unmöglich sein würde, diesen Konflikt auf sichere Art und Weise konventionell zu begrenzen. Da auf dem Schlachtfeld grundsätzlich ein Element der Unberechenbarkeit vorherrsche, könne man nie ausschließen, dass eine Seite doch Nuklearwaffen einsetze, zumal wenn der Gegner mit dem Rücken an der Wand stehe. Daher kam Eisenhower zu dem Ergebnis, dass es im nuklearen Zeitalter zwischen der Sowjetunion und den USA nur noch um die Kriegsvermeidung gehen könne, da die Verfechter der Möglichkeit eines konventionell begrenzten Krieges zwischen den beiden Armeen der Supermächte einer tödlichen Illusion anhängen würden. Folglich, so Eisenhower, müsse jeglicher Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion von Anfang an nuklear eskaliert werden.

Mit der intellektuellen Durchdringung dieser brutalen, aber doch logischen Schlussfolgerung taten sich Dulles und so mancher europäische Verbündete schwer. Sowohl Dulles als auch einige Bündnispartner trieb die Sorge um, dass man sich damit auf eine gefährliche Strategie des Alles oder Nichts stütze, die im schlimmsten Fall bei einem konventionellen Angriff des Warschauer Paktes nur die Wahl zwischen der Kapitulation und der nuklearen Vernichtung lasse. Sie erkannten nicht, dass es angesichts der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes keine Alternative zu dieser Strategie gab. Dennoch sollte dieser Punkt die strategische Debatte innerhalb der NATO vor, während und nach der Suezkrise dominieren.

John Foster Dulles sah in dieser Angst der Europäer vor einem nuklearen Vernichtungskrieg auf eigenem Territorium durchweg die stärkste desintegrierende Kraft innerhalb des Bündnisses. Auch mit Blick auf die „big three“ im transatlantischen Bündnis machte er im Vorfeld der Suezkrise zahlreiche Erosionserscheinungen ausfin-

dig. Großbritannien und Frankreich befanden sich nach Dulles' Meinung im weltpolitischen Abstieg. Die Zusammenarbeit mit Großbritannien wurde durch regionale Interessengegensätze und unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen im Fernen und Nahen Osten erschwert. Noch größere Sorge bereitete dem Außenminister jedoch die politische Instabilität der Vierten Republik im Zusammenspiel mit den kolonialpolitisch bedingten Problemen in Indochina und Nordafrika. In den Augen des Außenministers gehörte Frankreich daher bereits seit der Niederlage im Indochinakrieg im Jahr 1954 de facto nicht mehr zu den „big three“. Einzig Großbritannien sei noch in der Lage, Führungsaufgaben im Bündnis zu übernehmen. Insgesamt zeigen diese Überlegungen, dass das transatlantische Bündnis in den Köpfen von Eisenhower und Dulles einen Eigenwert besaß. Entsprechend hoch war der Aufwand an gesamtsystemischem Denken, den man in Washington auf die NATO verwandte.

Auf britischer Seite war das gesamtsystemische Denken in der Bündnispolitik nicht stark ausgeprägt. Das hatte im Wesentlichen damit zu tun, dass vor allem Anthony Eden und Harold Macmillan die NATO ganz nüchtern als Instrument zur Durchsetzung britischer Interessen begriffen. Die transatlantische Allianz besaß also keinen Eigenwert in ihrem Denken. Primär ging es darum, nach dem Zweiten Weltkrieg die eigene Weltmachtstellung und das Empire zu bewahren. Aufgrund der eklatanten Schwäche Großbritanniens nach dem Krieg zeigten Churchill, Eden und Macmillan daher nur an einem Bündnismitglied der NATO verstärktes Interesse: den USA. Alle drei konservativen Premierminister wollten nach dem Krieg die „special relationship“ der Kriegsjahre wiederbeleben. Ziel dieser engeren Alliiierung innerhalb der NATO war ein so genanntes „power by proxy“-Konzept [5, s. 178], wonach der weltpolitisch unerfahrene, aber wirtschaftlich und militärisch potente Vetter jenseits des Atlantiks für die Durchsetzung britischer Interessen in der Welt instrumentalisiert werden sollte. Vor allem Anthony Eden hoffte darauf, durch die engere Anlehnung an die USA für Großbritannien mehr außenpolitische Bewegungsfreiheit gewinnen zu können. Dieses Konzept scheiterte jedoch unter Churchill und Eden daran, dass Eisenhower nicht bereit war, den Briten einen Sonderstatus im Bündnis zu gewähren und die „special relationship“ zu erneuern.

An einem weiteren Punkt wird deutlich, dass die Entscheidungsträger in Whitehall ihre Bündnispolitik klar nationalen Interessen unterordneten. Im Frühjahr 1956 war Anthony Eden fest entschlossen, eine strikte Haushaltskonsolidierungspolitik durchzuführen, die auf massive Einsparungen setzte. Dabei sah Eden das größte Einsparungspotential im traditionell hohen Verteidigungsetat. Im Rahmen einer „Defence Policy Review“ entwarf die Regierung schließlich im Sommer eine britische Variante der „New Look“-Strategie, die ebenfalls verstärkt auf Nuklearwaffen und zugleich auf die Verringerung der kostenintensiven konventionellen Streitkräfte setzte. Erleichtert wurde der Eden-Regierung diese Entscheidung dadurch, dass man die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit der Sowjetunion aufgrund der enormen thermonuklearen Waffenarsenale auf beiden Seiten für nahezu ausgeschlossen hielt. Aus britischer Sicht erzeugte das Vorhandensein zahlreicher Nuklearwaffen also nicht mehr ein Gefühl hilfloser Angst, sondern Sicherheit. Die angestreb-

ten Truppenreduzierungen betrafen vor allem die in die NATO-Struktur eingebundenen Streitkräfte auf dem Kontinent. Da ein einseitiger Truppenabzug allein aus finanziellen Gründen zu einem Affront in der NATO geführt hätte, bediente sich die Regierung Eden einer raffinierten Strategie zur Durchsetzung ihrer Sparpläne. Großbritannien strebte eine Neuausrichtung der NATO-Verteidigungsstrategie an, die dann auf NATO-Ebene die Umstellungen im Verteidigungssektor notwendig machen würde, die man zuvor schon beschlossen hatte. Die Idee war ebenso einfach wie brilliant. Durch eine geschickte Manipulation der NATO sollte diese dazu gebracht werden, aus dem ursprünglichen Wunsch nach einer Umstrukturierung der eigenen Streitkräfte einen Sachzwang von außen zu machen. Dabei versuchten die Briten diesen Strategiewechsel durch bilaterale Kontaktaufnahme mit den USA vorzubereiten und gleichzeitig bemühte man sich, über den stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber Field Marshal Montgomery Einfluss auf die militärischen Planer zu nehmen. Vor Ausbruch der Suezkrise zeichnete sich ab, dass die USA dieses Vorhaben abblocken würden. Denn Großbritanniens angestrebter Strategiewechsel hätte vermutlich zu Nachahmungstaten geführt und die gesamte Lastenteilung innerhalb des Bündnisses auf den Kopf gestellt. Bis zum Ausbruch der Suezkrise sah es also nicht so aus, als würden die Briten sich in dieser bündnispolitisch wichtigen Frage durchsetzen können.

Im Gegensatz zu den Entscheidungsträgern in Washington und London lassen sich im Vorfeld keinerlei verlässliche Aussagen über das bündnispolitische Denken von Ministerpräsident Guy Mollet, Außenminister Christian Pineau und Verteidigungsminister Maurice Bourgès-Maunoury treffen, die Anfang des Jahres 1956 in Paris ihre Ämter antraten. Zwar waren alle drei bereits vorher in der Politik aktiv gewesen, aber sie hatten keine außen- oder gar bündnispolitisch lesbaren Fußspuren in der Geschichte hinterlassen. In der Literatur finden sich daher auch meist nur mit Vorsicht zu genießende Stereotype über die Grundansichten dieser wichtigen Entscheidungsträger. So galt Mollet als überzeugter Atlantiker und Europäer und alle drei zusammen galten bei Amtsantritt aufgrund ihrer Tätigkeit in der Résistance während des Zweiten Weltkriegs als proisraelisch. Bei genauerer Betrachtung führen diese Etiketten jedoch in die Irre. Unbestreitbar besaßen alle drei Männer, besonders Bourgès-Maunoury, eine affine Haltung gegenüber Israel, aber die Quellen zeigen, dass diesem Wohlwollen niemals nationale Interessen untergeordnet wurden. Als Guy Mollet und seine Minister ihre Ämter antraten, bestimmte vor allem ein Problem die französische Außenpolitik: der Algerienkrieg. Der Lösung dieses Konfliktes galt nahezu die gesamte Aufmerksamkeit der französischen Regierung. Entsprechend wirr und konzeptionslos nahm sich die Außenpolitik der Franzosen im Frühjahr 1956 aus. In einem Akt der Verzeiflung wurden alle außenpolitischen Großkonzepte zur Anwendung gebracht, welche die französische Außenpolitik im Arsenal hatte, um eine Entlastung in Algerien zu erreichen. So oszillierte die Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung Mollet in ihrer siebzehnmonatigen Amtszeit zwischen drei Konzepten, die immer auch eine bündnispolitische Dimension besaßen. Zunächst versuchte man nach Amtsantritt die eigene Stellung innerhalb der „big three“ aufzuwerten und den

Bündnispartner Zugeständnisse, vor allem in der Algerienfrage, abzutrotzen. Als dies nicht gelang, liebäugelte man in Paris im Mai 1956 mit dem alten Ost-West-Brückenkonzept und sondierte bei einem Staatsbesuch in Moskau vergeblich die Möglichkeit eines französisch-sowjetischen Ausgleichs, in Form einer Neutralisierung der beiden deutschen Teilstaaten. Man hoffte, sich damit der Bedrohung im Osten zu entledigen und mehr Bewegungsfreiheit in anderen Regionen zu erlangen. Bündnispolitisch ist dabei vor allem entscheidend, dass Paris den Algerienkonflikt stets als bündnispolitisches Problem betrachtete, obwohl es sich bei diesem Kolonialkrieg nicht um einen Angriff von Außen auf das eigentliche Vertragsgebiets der NATO handelte. An dieser Haltung lässt sich sehr gut zeigen, dass Allianzen immer Erwartungshaltungen erzeugen, die über den eigentlichen Machtbereich des Bündnisses hinausreichen. Das französische Insistieren darauf, dass Algerien ein NATO-Problem sei und die Weigerung der Vereinigten Staaten dies anzuerkennen, entwickelte sich im Jahr 1956 zu einem Dauerproblem der NATO, das auf Seiten der französischen Regierung und auch auf Seiten einiger anderer europäischer Bündnispartner zu wachsendem Unmut führte.

Am Ende waren es denn auch die unterschiedlichen Interessen im Nahen Osten, die machtvoll auf die NATO zurückschlügen. Die Eisenhower-Administration betrachtete den Nahen Osten primär durch die Brille einer global orientierten Eindämmungspolitik. Dabei befanden sich die USA in einem Dilemma, denn einerseits hatten sie aufgrund des eigenen antikolonialen Images kein Interesse daran, sich vor den kolonialpolitischen Karren der Briten oder der Franzosen spannen zu lassen. Andererseits war man im Rahmen der bündnispolitischen Lastenteilung froh, dass die beiden europäischen Bündnispartner in dieser Region die Rolle der Ordnungshüter übernahmen. Dementsprechend kooperierte Washington eng mit London bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts, weigerte sich jedoch, einer regionalen Allianz unter britischer Führung, dem so genannten Bagdad-Pakt, beizutreten. Weder wollte man in Washington das militärische Engagement in der Region vertiefen, noch wollte man die aufstrebenden nationalen Unabhängigkeitsbewegungen im Nahen Osten im ideologischen „Kampf um die Seele der Menschheit“ (George H.W. Bush) im Ost-West-Konflikt verprellen. Dies führte Edens „power by proxy“-Konzept schließlich in die Sackgasse und zu unüberwindbaren Meinungsverschiedenheiten in dieser Weltregion. Hinzu kam, dass sich die französisch-britischen Beziehungen vor der Suezkrise ebenfalls wegen Interessenkonflikten im Nahen Osten auf dem Nullpunkt befanden. Die Regierung Mollet versuchte nämlich den zunehmenden eigenen Machtverlust in der Region – jenseits des Algerienkonfliktes – durch eine proarabische Politik entgegenzuwirken und torpedierte daher den bei den arabischen Staaten unbeliebten Bagdad-Pakt.

Die Gründe für die ausbleibende Unterstützung der USA im Algerienkrieg waren ähnlich wie diejenigen im Falle Großbritanniens. Washington wollte nicht durch eine Unterstützungsgeste die übrigen arabischen Staaten gegen sich aufbringen. Stattdessen forderte man die Entscheidungsträger in Paris dazu auf, Zugeständnisse an die Unabhängigkeitsbewegung zu machen. Insgesamt mussten Eisenhower und Dulles mit Blick auf den Nahen Os-

ten daher einen Drahtseilakt vollführen, denn sie wollten weder ihre europäischen Bündnispartner noch die aufstrebenden arabischen Staaten verprellen. Es war schließlich der ägyptische Staatspräsident Nasser, der mit seiner Schaukelpolitik zwischen Ost und West die bündnispolitische Nagelprobe erzwang. Sein Pochen auf eine ägyptische Führungsrolle im Nahen Osten, in Nordafrika und der muslimischen Welt musste zwangsläufig mit britischen und französischen Vormachtansprüchen in der Region zusammenprallen. Als Nasser nach einem Waffenkauf aus dem Ostblock im Herbst 1955 offenbar seine neutrale Haltung aufgab, ins sowjetische Lager abzudriften drohte und die westlichen Mächte immer weiter provozierte, verlor man schließlich im März 1956 auch in Washington die Geduld mit Nasser. In der Folge verweigerte man dem ägyptischen Staatspräsidenten den Kredit für sein spektakulärstes Bauprojekt, den Assuan-Staudamm. Als Nasser daraufhin den Suezkanal am 26. Juli 1956 verstaatlichte, brachen schließlich die Interessengegensätze unter den „big three“ auf und verschärfen sich zu einer schweren Krise innerhalb der NATO.

Allianzpolitik in der Suezkrise [6, s. 239 – 482]

In Paris und London reagierte man von Anfang an anders auf die Verstaatlichung des Suezkanals als in Washington. Da Nasser die lebenswichtige Versorgung Großbritanniens mit Öl gefährdete und auch zuvor bereits die britische Nahostpolitik torpediert hatte, witterte man nun in London die einmalige Gelegenheit, das Problem „Nasser“ ein für allemal zu beseitigen. Genauso verhielt es sich in Paris, wo Nasser der Regierung inzwischen ein Dorn im Auge war, weil er die algerischen Rebellen unterstützte. Daher beschloss man in London und Paris militärisch einzugreifen, den Kanal zurückzuerobern und einen Regimewechsel in Ägypten herbeizuführen. Dieser gemeinsame Gegensatz zu Nasser führte im Sommer 1956 zu einer kurzfristigen Wiederbelebung der „Entente Cordiale“, mit dem Ziel, nach dem Sturz der Regierung Nasser den Nahen Osten im Einvernehmen zu kontrollieren. Vom Sturz Nassers erhoffte man sich, dort ein prowestliches, demokratisches Regime installieren zu können, das genügend Strahlkraft besaß, um Nachahmungstaten zu fördern. Das alles waren hochfliegende Pläne, aber im Sommer 1956 schimmerten sie den Entscheidungsträgern in London und Paris als „golden opportunity“ [7] entgegen. Ganz anders sah man die Lage in Washington. Dort befürchtete man, dass ein Krieg einen antiwestlichen Flächenbrand im Nahen Osten auslösen könne, der die Region destabilisieren und die Staaten direkt in die Arme der Sowjetunion treiben würde.

In der Folge entschied man sich in Washington, die Heißsporne an der Themse und der Seine von einem Waffengang abzuhalten, während man dort auf die Unterstützung oder zumindest die wohlwollende Neutralität der USA hoffte. Somit entfaltete bereits in den ersten Tagen der Krise das „alliance security dilemma“ [8, s. 180 – 200] seine volle Wirkung. Eisenhower und Dulles versuchten Frankreich und Großbritannien davon abzuhalten, die USA in einen Krieg zu verwickeln, den man nicht führen wollte, während Eden und Mollet versuchten, die USA in einen Krieg hinein zu ziehen. In den „tripartite meetings“ in London Ende Juli wurde dieser Interessengegensatz mehr als deutlich, dennoch wollte man vor al-

lem in London nicht wahrhaben, dass die USA in dieser Frage zur Fundamentalopposition neigten. Dafür gab es zwei Gründe: Zum einen konnte man sich in London aufgrund des freundschaftlichen Verhältnisses zu den Entscheidungsträgern in Washington einfach nicht vorstellen, dass diese eine Haltung jenseits der wohlwollenden Neutralität einnehmen würden. Zum anderen bildete sich im Bann der günstigen Gelegenheit im so genannten „Egypt Committee“, das die Politik in der Suezkrise plante, ein Tunnelblick heraus. Dies führte dazu, dass die Entscheidungsträger in Whitehall eine starke Tendenz entwickelten, widersprüchliche Informationen und warnende Aussagen auszublenden oder gar falsch in das eigene Wahrnehmungsmuster einzuordnen. Hier führten vor allem stereotype Bilder über Eisenhower und Dulles, die in Londoner Regierungskreisen mit großer Überheblichkeit gepflegt wurden, eine entscheidende Rolle. So wurde der verhasste Dulles als eigentlicher Architekt der amerikanischen Außenpolitik betrachtet, während Eisenhower in die Schublade des nett lächelnden Golfspielers, der eigentlich an Politik gar nicht interessiert ist, gesteckt wurde. Dementsprechend nahm London die häufigen und deutlichen Warnungen von Präsident Eisenhower nicht so ernst, wie dies nötig gewesen wäre. Dieser Umstand brach der Regierung Eden schließlich auf dem Höhepunkt der Krise das Genick.

In den ersten beiden Monaten der Krise kam auch zweimal die NATO als Institution ins Spiel. Eisenhower und Dulles spielten von Anfang an in der Krise auf Zeit, um die europäischen Bündnispartner von einer Intervention abzuhalten. In diesem Zusammenhang schlug Eisenhower die Beratung der Krise im NATO-Rat vor. Eden und Mollet lehnten diesen Vorschlag jedoch ab, denn sie sahen die NATO zu diesem Zeitpunkt nur als „weapon of power“, also als Kriegsinstrument an, das in dieser frühen Phase der Krise, die noch eine Verhandlungsphase war, nicht angewendet werden konnte. Zudem befürchteten London und Paris zurecht, dass eine eingehende Diskussion der Krise im NATO-Rat ihre militärische Handlungsfreiheit einschränken könne. So beschränkten beide Länder die Diskussion im NATO-Rat auf einen Bericht über die Ergebnisse der „tripartite meetings“ in London. Erst als die Beschlüsse der ersten Londoner Konferenz vom 16.-23. August 1956 unter Teilnahme der wichtigsten Nutzerstaaten des Suezkanals keinen triftigen Grund für eine militärische Intervention lieferten, entdeckte Eden die NATO als „tool of management“ [9, s. 227 – 262]. Da man sich von einer Anrufung des UN-Sicherheitsrates in London und Paris wenig versprach, wollte man Anfang September nun versuchen, im NATO-Rat Zuspruch für eine Intervention zu erhalten. Damit hoffte man, das Legitimitätsdefizit einer Intervention zu verringern, denn Nassers Akt der Verstaatlichung war unter völkerrechtlich einwandfreien Bedingungen durchgeführt worden. Dieses Unterfangen scheiterte jedoch auf ganzer Linie, weil die USA die NATO nun als „tool of management“ benutzten. Hinter den Kulissen zog man alle erdenklichen Fäden, damit die britischen und französischen Vorschläge im NATO-Rat nicht zu einer beschlussfähigen Diskussion gebracht wurden. Dies gelang auch, womit Washington im Bündnis eindrucksvoll seine Macht im Bereich des „agenda setting“ demonstrierte. Die NATO als Institution spielte fortan bis zum Höhepunkt der Krise keine Rolle mehr.

Von September bis zum Oktober änderte sich an den unvereinbaren Grundeinstellungen Frankreichs und Großbritanniens auf der einen Seite und den USA auf der anderen Seite nichts. London und Paris trieben ihre inzwischen gemeinsamen militärischen Planungen weiter voran und begaben sich auf die Suche nach einem casus belli. Diese Suche nach einem Kriegsgrund war zermürend und stellte die anfänglich überschwänglich begrüßte Entente Cordiale mehrfach auf die Probe. Diplomatisch trat man zunehmend auf der Stelle und auch im Bereich der Kriegsplanung stellte sich heraus, dass Frankreichs und Großbritanniens Streitkräfte zusammen nur mit größter Mühe in der Lage waren, jene Strafaktion durchzuführen, die man von Anfang an anvisiert hatte. In Großbritannien kippte zudem – anders als in Frankreich – binnen weniger Wochen die Zustimmung in der Opposition, der Presse und der Öffentlichkeit für einen Kriegskurs. Stattdessen wurden Forderungen nach einer Anrufung des UN-Sicherheitsrates laut. Auch innerhalb des britischen Kabinetts tauchten vereinzelt Stimmen auf, die Zweifel an der harten Linie gegenüber Ägypten äußerten. Gleichwohl bewies keiner dieser Minister den Mut, Eden offen entgegenzutreten und notfalls den Rücktritt in Kauf zu nehmen. Lediglich Verteidigungsminister Walter Monckton fasste diesen Entschluss und ließ sich Mitte Oktober von seinen amtlichen Verpflichtungen entbinden und übernahm das Amt des Paymaster General. Fakt ist jedoch, dass bis in den Oktober hinein das Kabinett alle Entscheidungen in der Suezkrise mitgetragen hat. Erst als Ende Oktober die geheime Allianz mit Israel beschlossen wurde, verringerte sich die Zahl der Eingeweihten.

Die Erlösung aus dem diplomatischen Stillstand brachte schließlich Israel, mit dem Frankreich bereits im Juni 1956 im Geheimen enge militärische Bande geknüpft hatte. Im Vorfeld hatte Frankreich den Israelis heimlich Waffen geliefert und damit die vertraglichen Bindungen der „Tripartite-Declaration“ unterlaufen, wonach Waffenlieferungen an Staaten im Nahen Osten nur nach vorheriger Absprache mit den USA und Großbritannien erlaubt waren. Diese „French connection“ (Shimon Peres) basierte auf stahlharten Interessen und keineswegs bloß auf Affinitäten der französischen Entscheidungsträger für Israel. Beide Staaten hatten im Nahen Osten einen gemeinsamen Feind: Nasser. Was Israel nicht hatte, das waren genügend Waffen, um gegen das inzwischen von der Sowjetunion aufgerüstete Ägypten bestehen zu können. Was Frankreich nicht hatte, das waren verlässliche Geheimdienstinformationen über Ägypten. Es war also ein Geben und Nehmen, welches die Zusammenarbeit beider Staaten auf der geheimen Konferenz von Vermars im Juni 1956 besiegelte. Frankreich lieferte Waffen und Israel im Gegenzug die gewünschten Geheimdienstinformationen. Ferner wurden in Vermars weitreichende militärische und geheimdienstliche Kooperationsstrukturen geschaffen, die in einem Krieg einfach nur aktiviert und ausgebaut werden mussten.

In Israel waren die entscheidenden Protagonisten Ministerpräsident David Ben-Gurion, Generalstabschef Moshe Dayan und der Generaldirektor des Verteidigungsministeriums Shimon Peres. Alle drei waren davon überzeugt, dass es nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg von 1948 unweigerlich zu einer „zweiten Runde“ kommen würde, in der Israel um seine Existenz bangen müsse. Aus

diesem Grund waren vor allem Ben-Gurion und Dayan der Überzeugung, man müsse dieser Gefahr durch einen siegreichen Präventivkrieg zuvorkommen. Nachdem Ägypten im September 1955 große Waffenlieferungen aus dem Ostblock erhalten hatte, war das militärische Gleichgewicht in der Region zulasten Israels zerstört worden. Weder die USA noch Großbritannien wollten Israel im gewünschten Umfang Waffen liefern. In dieser kritischen Phase gelang es Shimon Peres, enge Kontakte zum französischen Verteidigungsminister Bourguès-Maunoury zu knüpfen, die schließlich zu einer Rüstungskooperation führten. Gleich in den ersten Wochen der Suezkrise lotete Bourguès-Maunoury daher die Bereitschaft der Israelis zu einem gemeinsamen Militärschlag gegen Nasser aus und erhielt grundsätzlich positive Signale.

In Frankreich setzte man bis zum Oktober noch auf eine militärische Zusammenarbeit mit Großbritannien und hielt sich das Zusammengehen mit Israel als Option offen. Das hatte militärische Gründe, denn beide Länder besaßen wichtige Einheiten, die der jeweils andere nicht besaß. Zudem war die gemeinsame militärische Planung im Oktober bereits so weit fortgeschritten, dass sie nur schwer aufzulösen war. Da die Franzosen in der Suezkrise die kaltblütigeren Protagonisten waren und immer schon stärker auf eine militärische Lösung gedrängt hatten als die Briten, war man im Oktober das britische Zaudern in der Krise leid und aktivierte die israelische Option. Man beschloss jedoch, Israel an die gemeinsame britisch-französische Intervention anzukoppeln. Am 14. Oktober 1956 unterbreiteten die Entscheidungsträger in Paris Anthony Eden schließlich das Angebot eines gemeinsamen Militärschlags mit Israel, dass Eden ohne Zögern annahm, denn die Gelegenheit war einfach zu verlockend.

Die militärische Kooperation mit Israel brachte große Schwierigkeiten mit sich, denn Großbritannien, das einen Bündnisvertrag mit Jordanien unterhielt, war bündnispolitisch betrachtet ein Feind Israels im Nahen Osten. Im Jahr 1956 war es vermehrt zu schweren Gefechten an der israelisch-jordanischen Grenze gekommen, die nun im Oktober in einen Krieg umzuschlagen drohten. Im Kriegsfall wäre London also zur Unterstützung Jordaniens verpflichtet gewesen. Hinzu kam, dass Ben-Gurion Anthony Eden nicht über den Weg traute und sich nur unter großen Vorbehalten auf den französischen Plan eingelassen hatte. Unter diesen schwierigen Umständen erhielt Eden nun das Angebot zu einer militärischen Kooperation und nahm dieses auf der berichtigten Geheimkonferenz von Sèvres vom 22. bis zum 24. Oktober 1956 an. Diese Konferenz brachte einen der merkwürdigsten Kriegspläne der Geschichte hervor, wonach Israel sich zu einem Angriff des Sinais verpflichtete, mit dem Ziel den Suezkanal zu bedrohen. Nach Ablauf eines französisch-britischen Ultimatums sollten dann die britischen und französischen Streitkräfte den Suezkanal sichern und die verfeindeten ägyptischen und israelischen Streitkräfte trennen. Damit lieferte Israel endlich den heißersehten Kriegsgrund für eine Intervention. Das Protokoll von Sèvres war im Kern ein spektakuläres regionales renversement des alliances, denn Israel und Großbritannien kämpften nun auf der gleichen Seite.

Von alledem wusste man in Washington nichts, auch wenn Ende Oktober die nachrichtendienstlichen Berichte andeuteten, dass ein Krieg ins Haus stand. Diese Information nutzte den Entscheidungsträgern in Washington je-

doch wenig, da man nicht erkennen konnte, wer gegen wen Krieg führen würde. Als der Krieg schließlich am 29. Oktober 1956 begann und sich zwei Tage später andeutete, dass Frankreich und Großbritannien mit Israel offenbar unter einer Decke steckten, war der Zorn bei Eisenhower groß, der nun in der Krise die Zügel der amerikanischen Außenpolitik fest in die Hand nahm und seinen europäischen Bündnispartnern eine Lektion in Sachen ökonomischer Kriegführung erteilte. So verweigerte Eisenhower Paris und London die dringend benötigten Ölhilfslieferungen nach der Blockade des Kanals und brachte die Weltöffentlichkeit in der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegen Großbritannien und Frankreich in Stellung. Ausschlaggebend für diese harte Reaktion waren allerdings nicht wahltaktische Überlegungen, weil Eisenhower nur wenige Tage vor seiner Wiederwahl stand, als die Krise in den Krieg umschlug. Es war vielmehr persönliche Enttäuschung. In seinen Augen hatte vor allem England mit dieser spätkolonialen Strafexpedition die gemeinsamen Werte verraten, und das zu einem Zeitpunkt, als die Sowjetunion den Ungarnaufstand brutal niederschlug. Kurz, Eisenhower war gekränkt und so zahlte er es seinen Bündnispartnern mit gleicher Münze heim, was sich später als großer Fehler erweisen sollte.

In London und Paris hatte man mit dieser harten Reaktion aus Washington nicht gerechnet. Der wachsende Druck der Weltöffentlichkeit und die Verweigerung der rettenden Öllieferungen brachen Großbritannien und Frankreich schließlich das kriegslogistische Rückgrat. War es Eisenhower zuvor nicht möglich gewesen, mäßigend auf seine Bündnispartner einzuwirken, so wusste er als erfahrener Oberbefehlshaber um die Empfindlichkeit moderner Kriegslogistik. Erst im Krieg konnte er die volle Macht der USA ausspielen. Großbritannien trafen diese Maßnahmen besonders hart, aufgrund der chronisch geringen Dollarreserven, über die man in London verfügen konnte. London war nun gezwungen, teures Öl auf dem Weltmarkt zu kaufen und musste dafür seine Dollarreserven aufzehren. In der Folge stürzte das Pfund, beschleunigt durch einsetzende Währungsspekulationen, ins Bodenlose. Am 5. November beschloss die Eden-Regierung daher unilateral die Intervention abzubrechen. Frankreich hatte sich zwar besser auf diese Situation vorbereitet und vor Ausbruch der Krise einen Kredit aufgenommen, aber aufgrund der engen operativen Verflechtung der beiden Streitkräfte konnten die Franzosen den Krieg nicht alleine fortsetzen. So mussten sie sich der britischen Entscheidung beugen.

Die sowjetischen Drohungen, London, Paris und Tel Aviv mit Atomraketen zu beschießen, die der Kreml am 5. November lancierte, haben die Entscheidung zum Waffenstillstand nicht beeinflusst. Sowohl in London als auch in Paris hielt man Bulganins Drohbriefe, hinter denen Chruschtschow steckte, für das, was sie in Wirklichkeit waren, einen großen Bluff. In Washington entfaltete die Drohung vor dem Hintergrund der Niederschlagung des Ungarnaufstandes jedoch größere Wirkung. Eisenhower, der ansonsten kühle Praktiker der nuklearen Abschreckung, war sich nicht mehr sicher, ob die Kreml-Führung, die unter dem Eindruck eines drohenden Zerfalls des eigenen Herrschaftsbereichs stand, ihre Entscheidungen noch rational traf. Sobald der Gegner Anzeichen irrationalen Handelns erkennen ließ, brach für Eisenhower die Logik der Abschreckung in sich zusammen. Daher entschied sich

Eisenhower in der Suezkrise auch gegen die Anwendung der Strategie der massiven Vergeltung, die der Sowjetunion eine massive Eskalation des Konfliktes hätte in Aussicht stellen müssen. Stattdessen traf Eisenhower alle Vorsichtsmaßnahmen so unauffällig wie möglich, um die Sowjetunion nicht zu provozieren. Die größte Durchschlagskraft entwickelten die Raketendrohungen in Israel. Nachdem beide Supermächte massiven Druck auf Israel ausgeübt hatten, sah Ben-Gurion den Staat Israel einer existenzbedrohenden weltpolitischen Isolation ausgesetzt. In Moskau glaubte indessen Nikita Chruschtschow, dass seine Raketendrohungen überaus erfolgreich waren, da der britisch-französische Waffenstillstand unmittelbar nach den Drohungen verkündet worden war. Die falschen Lehren, die Chruschtschow aus der Suezkrise zog, sollten die Welt in den Kubakrise im Oktober 1962 in Atem halten.

Bündnispolitik nach der Suezkrise [10, s. 483 – 583]

Die bündnispolitischen Probleme, die sich aus der Suezkrise ergaben, wurden jedoch paradoxerweise erst nach der Einwilligung Großbritanniens und Frankreichs in den Waffenstillstand durch das Verhalten der Vereinigten Staaten auf die Spitze getrieben. Als Anthony Eden und Guy Mollet nach dem Waffenstillstand um eine bündnispolitisch versöhnliche Geste in Form eines „big three“ – Treffens in Washington baten, willigte Eisenhower zunächst ein und sagte dieses Treffen nach Rücksprache mit seinen Beratern dann gegen seine inneren Instinkte wieder ab. Nach der Suezkrise zeichnete sich in Washington auf der Ebene der Entscheidungsträger eine wichtige Machtverschiebung ab. Hatte Eisenhower auf dem Höhepunkt der Krise noch die Zügel fest in der Hand, so wuchs nach dem Waffenstillstand der Einfluss von Dulles, obwohl dieser nach einer Krebsoperation noch im Krankenhaus lag, und von Finanzminister George Humphrey, die Eisenhower aus moralischen Erwägungen heraus drängten, Großbritannien und Frankreich noch nicht die versöhnende Hand zu reichen. In vielerlei Hinsicht spielten sich nun in Washington Szenen ab, die man zuvor spiegelverkehrt auf britischer und französischer Seite gesehen hatte. Sowohl Eisenhower als auch die Experten im State Department sahen, nachdem die Reputation der Vereinigten Staaten durch das moralisch integre Verhalten in der UN-Generalversammlung im Nahen Osten enorm angestiegen war, eine günstige Gelegenheit den Nahen Osten für sich gewinnen zu können. Zu diesem Zweck war Eisenhower, der anfänglich noch zögerte, nun auch bereit, notfalls die bündnispolitischen Beziehungen zu Frankreich und Großbritannien zu beschädigen. Im State Department gab man sich geradezu berauscht von der eigenen moralischen Integrität in den Vereinten Nationen. Und so demütigte man die eigenen Bündnispartner bis Ende November weiter, in der Hoffnung, daraus im Nahen Osten Kapital schlagen zu können.

Dementsprechend verweigerte man den Briten und Franzosen weiterhin die dringend benötigten Öllieferungen aus zwei Gründen. Zum einen wollte man in der arabischen Welt nicht den Eindruck erwecken, man verbünde sich nun wieder mit den Aggressoren des Suezkrieges. Zum anderen wollte man die Briten und Franzosen zu einem bedingungslosen Abzug ihrer Truppen aus der Kanalzone zwingen. Auch dies sollte dem Erhalt der amerikanischen Glaubwürdigkeit gegenüber den arabischen

Staaten dienen. Als sich Ende November zeigte, dass die arabischen Staaten, allen voran Ägypten, sich nicht so verhielten, wie man sich das im State Department ausgemalt hatte, da hatte man die NATO – ohne es richtig zu bemerken – an den Rand des Zusammenbruchs getrieben. Von der Weltöffentlichkeit unbemerkt, spielte sich Ende November in Paris die bündnispolitisch dramatischste Szene der Suezkrise ab, als der NATO-Generalsekretär Lord Ismay unter Tränen und in Verteidigung seiner britischen Würde Eisenhower mit seinem Rücktritt drohte, sollten die demütigenden Sanktionen gegen sein Land nicht aufgehoben werden. Mit einem langen Beschwichtigungsbrief und der Aufhebung der Sanktionen wenige Tage später, gelang es Eisenhower, Ismay von diesem Schritt abzuhalten. Ismays Rücktrittsdrohung war allerdings nur die Spitze eines Eisberges, der nun durch die Gewässer des Bündnisses trieb.

Während die politische Führung in Washington unmittelbar nach der Suezkrise über die eigene moralische Reputation jubilierte, hatte sie nicht bemerkt, dass durch das eigene Verhalten in der Suezkrise die Reputation im Bündnis beschädigt worden war. Viele Bündnispartner wagten es zwar nicht, in der Öffentlichkeit gegen die USA Stellung zu beziehen. Unter der Oberfläche wurde jedoch wachsende Kritik am Verhalten der Führungsmacht laut, die meist diskret gegenüber dem amerikanischen NATO-Botschafter in Paris geäußert wurde. In Washington hatte man gehofft, dass das sowjetische Verhalten in Ungarn die Angst vor der Sowjetunion bei den Bündnispartnern wieder erhöht und auch den letzten Verfechter der Ost-West-Entspannung von der Torheit seines Vorhabens überzeugt habe. Doch so war es nicht. Die meisten Bündnispartner waren schockiert über die stille Allianz der beiden Supermächte in der UN-Generalversammlung, die sich gegen Großbritannien und Frankreich richtete. Ein weiterer Punkt, der einige Bündnispartner besorgte, war, dass eine harte Verurteilung der sowjetischen Raketendrohungen ausblieb, bis der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Gruenther, am 14. November 1956 den Sowjets bei einem Angriff mit einem massiven nuklearen Vergeltungsschlag drohte. Die Gründe dafür, warum Eisenhower die Kreml-Führung auf dem Höhepunkt der Krise nicht unnötig provozieren wollte, sind dem Historiker heute bekannt, die europäischen Bündnispartner waren jedoch damals weitgehend ahnungslos. Für sie hatten sich die Amerikaner schlicht als bündnispolitisch unsichere Kantonisten erwiesen.

Als im Dezember schließlich die NATO-Ministertagung stattfand, brachen bei der Aussprache über die Suezkrise alle Probleme, die zuvor lange unter der Oberfläche gebrodelt hatten, hervor und auch den USA wurden Vorwürfe gemacht. Als Dulles dem NATO-Rat das amerikanische Verhalten in der UN-Generalversammlung als moralische Sternstunde der westlichen Allianz verkaufen wollte, da machte ihm die Mehrheit der europäischen Bündnispartner klar, dass ihnen eine verlässliche Führungsmacht lieber sei als eine moralisch überlegene, auf die man sich im Ernstfall nicht verlassen könne. Ferner beklagten die europäischen Bündnispartner den nachrichtendienstlichen Blackout, der sich aufgrund der Zwistigkeiten zwischen den „big three“ auf dem Höhepunkt der Doppelkrise im November eingestellt hatte. So musste der neue NATO-Oberbefehlshaber in Europa General Lauris

Norstad eingestehen, dass die NATO einer der schwersten Krisen des frühen Kalten Krieges praktisch im Blindflug überstanden hatte. Es nutzt also nichts, als Führungsmacht vermeintlich richtig zu handeln, wenn die anderen Bündnispartner von diesen Vorgängen nur rudimentäre Kenntnisse besitzen. Noch eine weitere Tendenz wurde während der Tagung sichtbar. Nahezu alle Bündnismitglieder forderten künftig die Aussprache über Konflikte, die zwar außerhalb des Vertragsgebietes lägen, aber Bündnispartner betrafen. Dulles erteilte diesem Ansinnen eine Absage. Die meisten Bündnispartner waren nicht der Auffassung, dass man NATO-Belange rein auf das Vertragsgebiet beschränken könne. In dieser Hinsicht konnten die Europäer im Mai 1957 bei der Verabschiedung der neuen NATO-Strategie einen kleinen Erfolg verbuchen, da in dem Strategiepapier erstmals „out-of-area“-Einsätze nicht mehr explizit ausgeschlossen wurden.

Die größten Kontroversen löste schließlich Großbritanniens Ankündigung aus, die britische Truppenstärke auf dem Kontinent von knapp 80.000 Mann auf 50.000 zu reduzieren. Vor allem die geographisch nah am Warschauer Pakt gelegenen Staaten Deutschland, Frankreich und Holland protestierten massiv gegen die Ausdünnung des ohnehin schwachen konventionellen Schilfs der NATO, befürchteten doch diese Staaten, man werde künftig zum nuklearen Schlachtfeld innerhalb der NATO degradiert. Bereits Anfang Oktober hatte die Regierung in Washington beschlossen, Großbritannien diese Streitkräftereduzierungen zu verweigern. So sprach sich Dulles auch auf der Tagung gegen das britische Anliegen aus. Als die Minister Paris verließen, war die NATO immer noch in Unordnung.

In Großbritannien hatte derweil die Suezkrise das Ansehen und die Gesundheit von Anthony Eden derart beschädigt, dass er im Januar zurücktreten musste. Sein Nachfolger wurde Harold Macmillan, der zuvor mit Rab Butler aktiv auf Edens Sturz hingewirkt hatte. Nach einer Bestandsaufnahme der angloamerikanischen Beziehungen in London kam man zu dem Ergebnis, dass Großbritannien trotz des Zerwürfnisses in der Suezkrise der „chosen ally“ [11] an der Seite Washingtons bleibe. London müsse nur geduldig abwarten und Eisenhower den ersten Schritt tun lassen. Diese Rechnung ging schließlich auf. Eisenhower hatte inzwischen realisiert, wie sehr er Großbritannien gedemütigt und wirtschaftlich geschwächt hatte. Aus diesem Grund bot er seinem alten Freund Harold Macmillan zwei Wochen nach dessen Amtsantritt ein Gipfeltreffen auf Bermuda im März 1957 an. Ein Gipfeltreffen mit den USA auf britischem Boden, das war genau jene bündnispolitische Geste, die Eisenhower zuvor Anthony Eden verweigert hatte, daher nahm Macmillan diese Einladung dankbar an.

In den folgenden Wochen bis zum Zusammentreffen auf Bermuda schlug Macmillan geschickt politisches Kapital aus der wirtschaftlichen Schwäche Großbritanniens. Mit einer gekonnten Übertreibungstrategie setzte er binnen weniger Wochen die britischen Streitkräftereduzierungen unilateral durch, ohne auf nennenswerte Opposition aus Washington zu stoßen. Macmillan war dabei so erfolgreich, weil er zum einen sehr schnell handelte und die USA vor vollendete Tatsachen stellte. Zum anderen spielte er die durch die amerikanischen Sanktionen verursachte Schwäche Großbritanniens brillant gegen die USA

aus. Er wusste genau, dass Eisenhower es so kurz nach der Suezkrise nicht noch einmal zu einem Zerwürfnis kommen lassen konnte. So gelang Macmillan aus einer Position der Schwäche heraus in Windeseile, was seinem Vorgänger aus einer stärkeren Position nicht gelungen war. Während des Gipfeltreffens auf Bermuda vermochte es Macmillan schließlich, den USA die Stationierung von 60 Mittelstreckenraketen auf britischem Boden abzurufen, die nach einer bestimmten Zeit in die nationale Verfügungsgewalt der Briten übergehen sollten. Damit hatte Macmillan Großbritannien zum *primus inter pares* in der NATO gemacht. Darüber hinaus glückte Macmillan innerhalb von drei Monaten, was seinen beiden Amtsvorgänger verwehrt blieb: die Erneuerung der „special relationship“. Schließlich konnte Macmillan auch die Streitkräftereduzierung gegen massive Widerstände in der NATO durchsetzen. Damit geriet Washingtons geplante Lastenteilung im Bündnis völlig durcheinander. Ursprünglich hatte Washington die Modernisierung der eigenen Streitkräfte auf dem europäischen Kontinent mit Nuklearwaffen vorgesehen, um die konventionellen Streitkräfte zu reduzieren. Nachdem Großbritannien nun seine Streitkräftereduzierungen aufgrund der Schwächung durch die Suezkrise gegen jegliche Widerstände durchgesetzt hatte, war diese Option erst einmal für die USA verbaut.

Die großen bündnispolitischen Verlierer der Suezkrise sind demnach die USA und Frankreich gewesen. Die USA sind deswegen die Verlierer gewesen, weil sie für die tiefe Demütigung Großbritanniens anschließend Kompensationsleistungen erbringen mussten, die weit über das hinausgingen, was man den Briten unter normalen Umständen zugestanden hätte. Ganz anders verhielten sich die USA gegenüber Frankreich, denn hier blieben die Kompensationsleistungen aus. Hier spielte das Misstrauen Eisenhowers gegenüber den Franzosen eine große Rolle für die Ungleichbehandlung Frankreichs nach der Suezkrise. So wollte Eisenhower auch nach der Suezkrise nie richtig wahrhaben, dass Großbritannien voll an dem Kriegskomplot mit Israel beteiligt war, während er von Frankreich und Israel nichts anderes erwartet hatte. Auf dem Höhepunkt der Krise wurde dann in verschiedenen Gesten deutlich, dass man Frankreich nun nicht mehr zu den „big three“ zählte. Dies wurde auch an den Kommunikationsstrukturen deutlich. Eisenhower sprach immer nur mit Anthony Eden und wenn Guy Mollet etwas mitgeteilt werden sollte, dann musste Eden diesen Botengang übernehmen. Dies waren die ersten Anzeichen für die sich entwickelnde Dreiklassengesellschaft in der NATO. Auch nach der Krise geizte Washington mit versöhnlichen Gesten. So beschlossen Dulles und Eisenhower künftig keine „big three“ – Treffen mehr abzuhalten. Als Eisenhower dann im Januar auch Paris ein Zeichen der Versöhnung gab, hatte dies einen ganz anderen Charakter als das Gipfeltreffen auf Bermuda. Mollet musste schließlich nach Washington reisen und die dortigen Gespräche dauerten auch nur halb so lange wie diejenigen mit den Briten auf

Bermuda. Am Ende hatte Eisenhowers Zusammentreffen mit Mollet im Vergleich zu seiner Konferenz mit Macmillan ausschließlich atmosphärische Bedeutung. Frustriert über diese Entwicklung hatte Frankreich bereits auf dem Höhepunkt der Krise die Entwicklung eigener Nuklearwaffen beschlossen, um künftig weltpolitisch unabhängiger agieren zu können. Für Frankreich begann somit nach der Suezkrise ein Prozess der wachsenden Entfremdung von den USA und der NATO. So bemühte man sich in Paris kurzfristig im Rahmen der EURATOM darum, einen nuklear bewaffneten europäischen Pol in der NATO zu etablieren. Als dies aus Kostengründen wieder verworfen wurde, bemühte man sich in Washington um den Erwerb von Nuklearwaffen, wie es Großbritannien zuvor bereits gelungen war. Doch in Washington schlug man Frankreich die Tür vor der Nase zu. Als man sie ein Jahr später wieder öffnete, stand Charles de Gaulle davor, der jedoch keinen Fuß mehr über diese Schwelle setzen wollte und die systematische Ausgliederung der französischen Streitkräfte aus der integrierten Streitkräftestruktur betrieb.

Löst man den Blick von den „big three“ und nimmt die übrigen NATO-Mitgliedstaaten in den Blick, dann hatten auch sie unter den Folgen der Suezkrise zu leiden. Die Verunsicherung über das amerikanische Verhalten auf dem Höhepunkt der Suezkrise brannte sich tief in die Gedächtnisse ein. Darüber hinaus führten die strategischen Implikationen der britischen Streitkräftereduzierungen zu Sorge und Frustration unter den Bündnispartnern. Denn letztlich hatten die britischen Streitkräftereduzierungen bei der Ausrichtung der NATO-Strategie den Akzent von der so genannten „forward strategy“ auf die „trip wire strategy“ verschoben. Zusammen mit der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Großbritannien, die mittelfristig in die nationale Verfügbarkeit übergehen sollten, war so de facto aus der Zweiklassengesellschaft eine Dreiklassengesellschaft in der NATO geworden. Ob Großbritannien dies alles ohne die hilfreiche Schwäche infolge der Suezkrise gelungen wäre, muss stark bezweifelt werden.

Auch wenn die Suezkrise häufig primär als Nahostkrise wahrgenommen wird, so spielten gegensätzliche ausgesprochene und unausgesprochene bündnispolitische Annahmen und Interessen von Anfang an eine große Rolle. Bereits die ersten Konsultationen der „big three“ zur Suezkrise gerieten deswegen zu einem bündnispolitischen Kommunikations-Desaster. Der Dialog der Taubstummen mündete schließlich mit dem Kriegsausbruch Ende Oktober in einem schweren Zerwürfnis zwischen den USA einerseits und Großbritannien und Frankreich andererseits. Als Präsident Eisenhower nach Beendigung der Kriegshandlungen sich dazu entschloss, seine Bündnispartner für ihr Verhalten zu bestrafen, führte er die NATO ungewollt an den Rand des Zusammenbruchs. Das alles geschah weitgehend hinter den Kulissen, weshalb die Öffentlichkeit auch nicht bemerkte, dass die NATO während der Suezkrise eine ihrer schwersten Krisen im Kalten Krieg durchlebte.

Литература

1. Die Ausführungen basieren auf den Forschungsergebnissen meiner Dissertation. Vgl. Thomas Freiberger, *Allianzpolitik in der Suezkrise*, Göttingen 2013 [Internationale Beziehungen. Theorie und Geschichte, Bd. 11].
2. Siehe dazu ausführlich Kapitel I, in: Thomas Freiberger, *Allianzpolitik in der Suezkrise*, Göttingen 2013, [Internationale Beziehungen. Theorie und Geschichte, Bd. 11].

3. Oscar Wilde, Lord Arthur Saviles Verbrechen. Eine Studie über Pflicht, in: Ders., Erzählungen und Prosagedichte, 2., neu durchg. Aufl., Zürich, 1999.
4. The Papers of Dwight D. Eisenhower, Vol. XI, Doc. 1050, Eisenhower to Hazlett, 1.11.1950.
5. David Reynolds, Britannia Overruled. British Policy and World Power in the Twentieth Century, London, New York 1991.
6. Siehe dazu ausführlich Kapitel II, in: Thomas Freiberger, Allianzpolitik in der Suezkrise, Göttingen 2013, [Internationale Beziehungen. Theorie und Geschichte, Bd. 11].
7. The National Archives (Kew) PREM 11/1099, E.C. (56) 10, 7.8.1956, Cabinet Egypt Committee. France and the Middle East. Note by the Secretary of State for Foreign Affairs. Der Entwurf der Anweisung findet sich in PRO FO 371/119090, JE 14211/370/G, FO Minute Beeley, 8.8.1956.
8. Zum „Alliance Security Dilemma“ siehe Glenn H. Snyder, Alliance Politics, Ithaca, London 1997.
9. Zu den Begriffen siehe Paul W. Schroeder, Alliances 1815-1945: Weapons of Power and Tools of Management, in: Klaus Knorr (Hg.), Historical Dimensions of National Security Problems, Lawrence 1976.
10. Siehe dazu ausführlich Kapitel III, in: Thomas Freiberger, Allianzpolitik in der Suezkrise, Göttingen 2013, [Internationale Beziehungen. Theorie und Geschichte, Bd. 11].
11. The National Archives (Kew) PREM 11/2189, AU 1051/53, The Present State of Anglo-United Relations, 1.1.1957.

Информация об авторе:

Д-р Томас Фрайбергер – сотрудник кафедры профессора Й. Шолтисека отделения современной истории. Исторический институт. Философский факультет. Университет Бонна (Германия), Thomas.Freiberger@uni-bonn.de.

Dr. Thomas Freiberger – Mitarbeiter des Lehrstuhls Prof. Dr. Joachim Scholtyssek . Abteilung für Geschichte der Neuzeit. Institut für Geschichtswissenschaft. Universität Bonn.

Dr. Thomas Freiberger – Department of Modern History, Prof. Dr. Joachim Scholtyssek's Chair, University of Bonn.

Статья поступила в редколлегию 31.07.2014 г.